

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Zinswende am "langen Ende"?
Erste-Expertin Hager über die Entwicklung in der Eurozone und eine mögliche Zinswende.
>> Seite 3



Jetzt an Wertpapiere denken
Erste-Vorstand Peter Bosek präsentiert eine Umfrage zum Sparverhalten der Österreicher.
>> Seite 6



Für bessere Finanzbildung
Die Sparkassen präsentieren eine Kampagne, um Finanzthemen in die Schule zu bringen.
>> Seite 8



Funken sollen in den Werkshallen der KMU sprühen. Nicht in den Bankbilanzen.

Bankenregularien kosten 2 Prozent vom BIP

Die Ergebnisse einer einschlägigen Studie sind härter als befürchtet: Die Auswirkungen neuer Regularien auf österreichische Banken werden knapp 7 Mrd. Euro an Mehrkosten jährlich verursachen. Das sind mehr als 2 Prozent des BIP und in Konsequenz ein ordentlicher Hemmschuh für die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Österreich.

Milan Frühbauer

„Die Bundesregierung wird er sucht, sich dafür einzusetzen, dass vor weiteren Gesetzesinitiativen auf europäischer und nationaler Ebene die Auswirkungen der bereits abgeschlossenen Maßnahmenpakete zur Regulierung des Bankensektors im Vorfeld ausführlich mit Blick auf damit verbundene Auswirkungen der Kreditvergabe kapazitäten analysiert werden.“ So heißt es – durchaus moderat formuliert – in einer Unterlage der Bundessparte Banken und Versicherung in der WKÖ, die vor Kurzem die wichtigsten Anliegen der Finanzwirtschaft an das Regierungsprogramm zusammengefasst hat. Wie existenziell

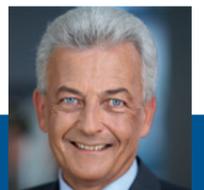
wichtig diese Forderungen und die entsprechenden Hinweise an die künftige Bundesregierung sind, liegt nunmehr vor: in kaum erwarteter Dramatik.

„Die österreichischen Banken werden durch verschiedene Regulierungsmaßnahmen mit jährlich 6,7 Milliarden Euro zusätzlich belastet“, so die Kernaussage einer aktuellen Untersuchung der Wirtschaftskammer Österreich und der internationalen Managementberatung Oliver Wyman. Diese wurde von Finja Carolin Kütz, Geschäftsführerin von Oliver Wyman, und Franz Rudorfer, Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung der WKÖ, in Wien präsentiert.

Im internationalen Vergleich treffen die Regularien die österreichischen Banken besonders hart, betonen die Studienautoren: So führt die Bankenregulierung in der EU zwar zu einer deutlichen Erhöhung der Kapital- und Liquiditätskosten für Banken in allen Mitgliedstaaten, zusätzliche spezifische Anforderungen belasten österreichische Institute jedoch stärker als Banken in anderen europäischen Ländern.

Die Belastungen resultieren vor allem aus der Bankenabgabe in Österreich und in osteuropäischen Ländern sowie den kurzen Aufbauperioden für die Einrichtung von Einlagensicherungs- und Abwicklungsfonds.

Meine Meinung



Bleiwesten als Austriacum

„Finanzplatz Österreich.“ Schon lange nicht gehört? Kein Wunder, denn dieser Begriff ist in der politischen Diskussion völlig aus der Mode gekommen. Dabei sind solide und leistungsfähige Banken, ein funktionierender Kapitalmarkt sowie die Finanzierungskraft einer Volkswirtschaft insgesamt ganz entscheidenden, standortpolitische Faktoren. Ja mehr noch: Ohne eine leistungsstarke Kreditwirtschaft kann es keinen nachhaltigen Konjunkturaufschwung geben. Gerade bei den so oft als Wachstumsmotor beschworenen KMU ist dieser Zusammenhang elementar.

Die Rahmenbedingungen für Banken in Österreich sind derzeit alles andere als eine Referenz für den Finanzplatz. Es stimmt, dass europaweit als Folge diverser verschärfter Regularien neue Belastungen auf Kreditinstitute zukommen. Die Bankenregulierung in der EU führt zu einer deutlichen Erhöhung der Kapital- und Liquiditätskosten in allen Mitgliedstaaten. Doch es gibt darüber hinaus handfeste Austriaca, die österreichische Institute wesentlich stärker belasten als ihre ausländischen Mitbewerber. Das ist vor allem die völlig ertragsunabhängige Bankensteuer, bei der sich Österreich einen unrühmlichen europäischen Spitzenwert „leistet“. Dazu kommen Bankenabgaben im CEE-Raum sowie die sehr kurzen Aufbauperioden für die Errichtung von Fonds zur Einlagensicherung und Abwicklung. Das international renommierte Analyseinstitut Oliver Wyman hat es vor Kurzem penibel vorgerechnet: Die Summe der Regulativen belastet etwa die deutschen Banken um satte 20 Prozent weniger als die heimischen Institute. Die Zusatzbelastung für Österreichs Banken insgesamt wurde mit jährlich 6,7 Mrd. Euro errechnet.

Würden die österreichischen Banken diese Bürde über eine Anpassung der Kreditkonditionen abfedern, dann käme das einer Erhöhung der Kreditzinsen um einen Prozentpunkt gleich. Was das für eine Volkswirtschaft bedeutet, in der die Kredite rund zwei Drittel der Außenfinanzierung ausmachen, das muss man nicht näher erläutern. Es sind also ordentliche Bleiwesten, versehen mit österreichischen Zusatzgewichten, die da den Instituten umgehängt werden. Gleichzeitig mit der selbstverständlichen Erwartungshaltung, alle sich bietenden unternehmerischen Wachstumschancen ausreichend mit den wie bisher so günstigen Konditionen und im Bewusstsein der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zu finanzieren.

So kann es leider nicht funktionieren. Eine Alternative wäre der Rückzug aus bestimmten Märkten, Produkten und Kundengruppen? Das kann doch – siehe leistungsfähiger Finanzplatz Österreich – aber nicht gewollt sein. Auch nationale wie internationale Regulatoren brauchen Augenmaß für die Kostenbelastungen. Und die heimischen Budgetpolitik erst recht!

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Zwei „Victors“ für die richtigen Vektoren in Neuhofen

Bei der Verleihung des Banken-Oscars „Victor“ für die erfolgreichsten Geldinstitute des deutschsprachigen Raums wurde die Sparkasse Neuhofen bei ihrer dritten Teilnahme bereits zum dritten Mal mit zwei Victors ausgezeichnet. Das oberösterreichische Institut erhielt die Auszeichnungen in den Kategorien „Führung“ sowie „Unternehmenskultur“.



Das Team der Sparkasse Neuhofen bei der Preisverleihung in Baden bei Wien
Foto: Christian Husar

Handbuch zum Erbrecht

Die Sparkasse Bludenz hat ein „Handbuch zum Erbrecht“ aufgelegt, das in den Filialen der Sparkasse erhältlich ist und auch unter www.sparkasse.at/bludenz heruntergeladen werden kann.

Kooperation mit Gründerzentrum

Erstmals kooperieren die Kärntner Sparkasse und das build! Gründerzentrum, um junge Gründer zu unterstützen und ihnen in einer kreativen Umgebung einen guten Start in die Wirtschaft zu ermöglichen. Bis Jänner 2014 haben kreative Köpfe die Chance, von umfangreichen Förderungen und tatkräftiger Unterstützung in den Bereichen Ideenfindung, Selbstständigkeit und Finanzierung sowie von attraktiven Preisen im Wert von bis zu 9.000 Euro zu profitieren

Internationale Sparkassentagung in Graz

Die Steiermärkische Sparkasse war Gastgeber der Tagung des Verbandes der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen. Dem 1920 gegründeten Verband gehören als ordentliche Mitglieder sechs deutsche Freie Sparkassen (kommunal nicht gebundene Institute) an. Darüber hinaus sind diesem Verband 33 Freie Sparkassen aus acht europäischen Ländern sowie der Verband der Schwedischen Freien Sparkassen beigetreten.



Stadtrat Gerhard Rüsich, Tim Neseemann, Präsident des Verbandes der Deutschen Freien Sparkassen, Vorstandsvorsitzender Gerhard Fabisch (Steiermärkische Sparkasse) und Harald Vogelsang (Hamburger Sparkasse)

Auch der hohe Kapitalaufschlag für österreichische Banken (im Rahmen des sogenannten „Austrian Finish“) und eine vergleichsweise starke Belastung durch überdurchschnittlich hohe Bankenabgaben tragen dazu ebenfalls bei. „Im Ergebnis“, so Kütz, „zeigt sich, dass etwa die Kosten der britischen Regulierung circa 10 Prozent niedriger sind und die deutsche Regulierung sogar um rund 20 Prozent weniger belastend ist als die österreichische.“

„Das heißt, die österreichischen Banken haben unterm Strich zusätzlich zu den europäischen Anforderungen noch schwerere Gewichte zu stemmen als europäische Mitbewerber. Dass das Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Finanzplatzes haben muss, liegt auf der Hand“, hält Rudorfer fest.

Niemand kann doch ernsthaft wollen, dass Österreich die Banken als wichtigstes Finanzierungsinstrument der Wirtschaft schlechter stellt als andere EU-Mitgliedstaaten. Ein wettbewerbsfähiger Finanzmarkt ist schließlich die Basis für Investitionen, Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand.

Die repräsentative Erhebung samt Analyse sieht vier Ansatzpunkte, um auf den Kostendruck zu reagieren, der sich aus den regulatorischen Maßnahmen in Österreich ergibt. „Zwei der Maßnahmen – nämlich die Rendite der Investoren zu senken sowie die Verbesserung der operativen Effizienz – haben die Banken bereits in der Vergangenheit angewendet bzw. sind weitgehend ausgereizt“, so Spartengeschäftsführer Rudorfer.

„Höhere Zinsen würden Aufschwung hemmen“

Damit bleiben den Banken zwei weitere Hebel: Wollte man die Kosten der Regularien ausschließlich über eine Anpassung der Kreditzinsen abfedern, müssten die Institute die Kreditzinsen um einen Prozentpunkt erhöhen. Zwar



Franz Rudorfer, Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung der WKÖ, mit Oliver Wyman, Geschäftsführerin Finja Carolin Kütz: „Die Bankensteuer führt zu Spitzenwert an Regulierungskosten.“

sind die Unternehmenskreditzinsen in Österreich deutlich günstiger als in Deutschland, dennoch hätte eine derartige Maßnahme Auswirkungen auf die Konjunktur.

„Finanzplatz Österreich ist akut in Gefahr.“

Franz Rudorfer, Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung der WKÖ

Eine weitere Handlungsoption läge für die Studienautoren im Rückzug aus bestimmten Märkten, Produkten und Kundengruppen. Das Kreditvolumen in Österreich ist nachweislich auch während der Finanzkrise stabil geblieben, die Banken haben sich darauf konzentriert, die Realwirtschaft bestmöglich zu unterstützen – soll das jetzt wirklich über Bord geworfen werden? Um die Kosten der Regularien alleine durch diese Handlungsoption zu kompensieren, sieht die

Analyse eine Reduktion der risikogewichteten Aktiva (Risk Weighted Assets, RWA) als notwendig an, um die Kapitalanforderungen zu verringern. Demnach wäre eine Halbierung der RWA von 650 Milliarden auf 325 Milliarden Euro erforderlich.

Die Studie von WKÖ und Oliver Wyman zeigt weiters auf, dass die österreichischen Banken auch in schwierigen Zeiten verlässlicher Partner der Wirtschaft waren und nach wie vor sind: „Konstante Wachstumsraten des Finanzierungsvolumens zu im europäischen Vergleich besonders günstigen Preisen bestätigen die vitale Funktion der österreichischen Banken im Blutkreislauf der Wirtschaft“, so Rudorfer.

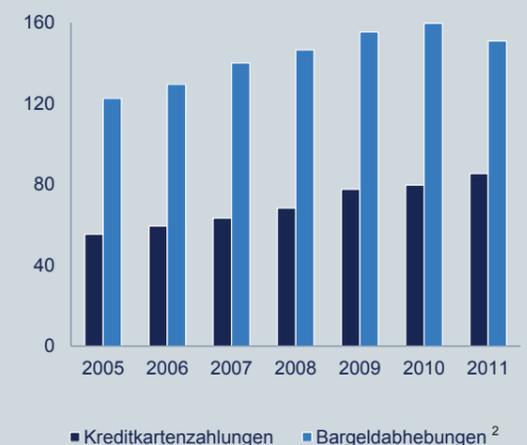
Um diese verantwortungsvolle Aufgabe auch weiterhin bestmöglich wahrnehmen zu können, braucht es verlässliche und planbare Rahmenbedingungen für die Finanzwirtschaft, eine „regulatorische Atempause“ sowie ein Überdenken der Bankenabgabe. So appelliert die Kreditwirtschaft – im Lichte der Studienergebnisse – an die Politik.

Österreichs Banken gewährleisten Stabilität in der Finanzierung von Unternehmen und stellen eine leistungsfähige Zahlungsinfrastruktur bereit

Außenfinanzierung nichtfinanzieller österreichischer Unternehmen
Anteil je Außenfinanzierungsinstrument



Nutzung von Zahlungsinfrastruktur
in Anzahl Transaktionen pro Jahr in Mio., 2005-2011



1. Enthält v.a. Handelskredite und Geldmarktpapiere. 2. Einschließlich Bargeldabhebungen mit Kreditkarten
Quelle: OeNB, Wiener Börse, EZB Payment Statistics

Inflation wird in der Eurozone niedrig bleiben

Auch Österreich konnte zuletzt von der einsetzenden globalen Erholung profitieren. Die weitere Entwicklung in der Eurozone, die Inflation und eine mögliche Zinswende interpretiert Mildred Hager, Senior Economist Eurozone und USA der Erste Group.

Sparkassenzeitung: Im Euroraum scheint die Rezession überwunden. In den USA beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum zwar. Wie wird sich die Lage weiterentwickeln?

Hager: Wir sehen bereits eine exportgetriebene Erholung und positives Wachstum in der Eurozone, und das nicht nur in Deutschland, sondern auch an der Peripherie, etwa Spanien. Ausgehend vom politischen Zustand in den USA – Stichwort Shutdown – besteht ein kleines Risiko, aber wir rechnen weiterhin mit einer Wachstumsbeschleunigung ab nächstem Jahr. Positiv für die Eurozone ist zu werten, dass sich die Arbeitslosenrate langsam zu stabilisieren scheint. In Spanien ist sogar eine geringfügige Reduktion feststellbar.

Wie sieht es mit den Inflationstendenzen aus?

In Spanien und Italien drückt die hohe Arbeitslosigkeit die Löhne und die Inflation. Daher wird die Inflation in der Eurozone insgesamt niedrig bleiben. Mit sehr niedrigen Werten in Spanien und leicht höheren in Deutschland oder Österreich, wo nahe 2 Prozent erwartet werden.



Mildred Hager, Erste Group: „Positiv für die Eurozone ist zu werten, dass sich die Arbeitslosenrate zu stabilisieren scheint.“

Warum lässt sich die EZB nicht dazu verleiten, ihren Zinsausblick mit konkreten konjunkturellen Zielen anzureichern?

Wir glauben, dass die EZB sehr wohl bereits in diese Richtung blickt. Die EZB soll ja darauf achten, dass die Inflationsrate in der Nähe von 2 Prozent liegt, daher ist ein Inflationsziel vernünftig. Die Dezembersitzung und die Inflationsprojektion für 2015 werden spannend.

Ist eine Zinswende in Sicht?

Bei niedriger Inflation wird die EZB die Zinsen für längere Zeit niedrig lassen oder sogar noch weiter senken wie zuletzt. Bei den längerfristigen Zinsen – also Staatsanleiherenditen – haben wir aber den Tiefpunkt durchschritten, das kann man schon eine Zinswende nennen.

In einer wirtschaftlichen Erholung sinken die längerfristigen Zinswartungen nicht mehr stark ab. Daher glauben wir, dass die Renditen mittelfristig moderat ansteigen werden.

Könnte eine deutliche Zinserhöhung am Finanzmarkt die Erholung in der Eurozone wieder abwürgen?

Im Sommer haben starke Renditeanstiege in den USA die Erholung am amerikanischen Immobilienmarkt gedämpft. Das hat auch die FED etwas besorgt gestimmt. Dies war aber nur von kurzer Dauer und hat sich wieder beruhigt. Für die Eurozone ist das derzeit jedenfalls nicht absehbar. – afe –

Wertpapier-Chancen nicht verschlafen

Trotz aller Nachbeben zur Finanzkrise: Das Interesse an Geldanlagen über das Sparbuch hinaus wächst. Bei einer von der Erste Bank und Sparkasse in Auftrag gegebenen Studie über das Sparverhalten der Österreicher gab ein Viertel an, Wertpapiere oder Fonds zu besitzen. Ebenso klar wird bei diesem Befund, dass sich viele nicht täglich mit den Kapitalmärkten befassen. Wertpapierkunden und alle, die es noch werden wollen, schätzen Verständlichkeit der angebotenen Produkte und den direkter Draht zu den Profis. Wenn möglich „rund um die Uhr“.

Einen völlig neuen Zugang zur Anlage in Wertpapiere präsentierten vor Kurzem die ERSTE-SPARINVEST mit dem Konzept YOU INVEST. Es handelt sich um eine flexible Veranlagung mit Fonds und richtet sich an Anleger, die Wert auf Transparenz und einen direkten Draht zu Profis legen. Die Sparkasse nutzt dabei den Trend der elektronischen Medien und beschreitet mit YOU INVEST vollkommen neue Wege bei der Geldanlage. Auf Wunsch gibt es Informationen bis ins Detail und umfangreiche Kommunikationsmöglichkeiten über Social Media, Chats und Blogs.

Wertpapierkunden veranlassen bei YOU INVEST in aktiv gemanagte Dachfonds, die in drei Risikoklassen und zwei Produktlinien (privat und

Business) angeboten werden. Der Produkt-Konfigurator auf der Internet-Seite www.youinvest.at führt in drei Schritten vom Kundenbedürfnis zu den verschiedenen YOU INVEST-Fondslösungen.

Eine eigene „Community“

„Mit dem Sparbuch oder einer Bundesanleihe kann man heute keinen werterhaltenden Ertrag erzielen“, so Erste-Vorstand Peter Bosek. „Wer sein Vermögen gegen Inflation absichern oder gar den Wert des Geldvermögens steigern will, muss mehr Risiko nehmen. Deshalb mängen wir Unternehmensanleihen und Aktien, je nach Marktentwicklung, ins Depot. Der Anleger kann diese Entscheidungen jederzeit mitverfolgen“, betont

ERSTE-SPARINVEST Vorstandsvorsitzender Heinz Bednar.

Hohe Ansprüche in Sachen Transparenz verfolge die Sparkasse auch im Hinblick auf die Kundeninformation. YOU INVEST ist eine moderne Wertpapier-Community: Man kann sich jederzeit von zuhause oder unterwegs – ob über Video, Blog oder Chat – ein Bild von seiner Veranlagung machen, Fragen stellen und Informationen bis ins Detail abrufen. Wichtige Ereignisse an den Finanzmärkten, etwa mögliche Zinsentscheidungen der Notenbanken, werden zeitnah diskutiert und verschaffen den YOU INVEST-Anlegern einen Informationsvorsprung.

– üh –

EINBLICK



Milan Frühbauer

Rezession beim Small Talk

Die Zahl der Events steigt in den letzten Wochen des Jahres rapid an. Die Enqueten, Podiumsdiskussionen, Fachsymposien, Expertentage und Buchpräsentationen jagen einander in dichter Abfolge.

Keine Veranstaltung ohne gezieltes Netzwerken! So will es das Handbuch für Kommunikationsproduktivität. Aber was tun, wenn man dieselben Leute schon zum dritten Mal binnen Monatsfrist trifft? Dann ist die unbeschwertere Art des Networkings – das allseits beliebtere Small Talking ist angesagt.

Das Land verkommt zum Mittelmaß

Thematisch dominieren dort die aktuellen Koalitionsverhandlungen.

Und das geht so: Erstens sollte es viel schneller gehen, zweitens brauchen die Partner ein Reformkonzept und nicht wieder endlose Personalquerelen, drittens – Sie werden sehen! – es wird wieder nichts Vernünftiges dabei herauskommen und viertens, der Minister X und die Frau Minister Y werden dem neuen Kabinett wohl nicht mehr angehören.

Dazwischen liegt der artikulierte Jammer des Landes: Bei der Bildung, bei der direkten Demokratie, der Verwaltungsreform, bei den Steuern und bei Forschung und Entwicklung – überall herrsche Stagnation, ja Lähmung. Das Land schwimme seit Monaten so richtig ab, der Wirtschaftsstandort verkomme zum Mittelmaß.

Einspruch, tut er nicht ganz! Trotz magerer Konjunkturbelebung und Investitionsschwäche gibt es eine Reihe von Indikatoren, die signalisieren, dass dieses Land von den ökonomischen Eliten erfolgreicher geführt wird als es die politischen Entscheidungsträger vorerst vermuten ließen.

Die österreichische Handelsbilanz entwickelt sich beispielsweise für Zeiten schwacher Konjunktur mehr als zufriedenstellend. Auch im ersten Halbjahr 2013 gab es ein – wenn auch bescheidenes – Exportwachstum,

während die Importe im ersten Halbjahr dieses Jahres gesunken sind. Das Ergebnis ist ein auf ein Drittel geschrumpftes Außenhandelsdefizit. Die Anteile der Nicht-EU-Länder an den heimischen Ausfuhren erreichen mit rund 32 Prozent historische Rekordwerte.

Da sich auch die Dienstleistungsexporte, einschließlich Tourismus, sehr gut entwickeln, prognostiziert die Oesterreichische Nationalbank einen Leistungsbilanzüberschuss für 2013, der bei gut und gerne 3 Prozent des BIP liegen könnte. Jedenfalls hat sich der Positivsaldo im ersten Halbjahr 2013 gegenüber 2012 mehr als verdoppelt und lag bei 5,5 Mrd. Euro.

„Ja, aber in der Nutzung möglicher Zukunftschancen unserer Wirtschaft, da versäumen wir doch so vieles!“ Gemeint sind damit meist Forschung und Entwicklung, denn auch beim oberflächlichsten Small Talk steht außer Streit: Wir sind auf dem Weg in die wissensinduzierte Wertschöpfungsintensität! Und da schaue es düster aus ...

Forschungsdynamik: Von Öffentlichkeit unbemerkt?

Nicht so ganz! Das IHS hat vor Kurzem auf der Basis von OECD-Daten

den Forschungsstandort Österreich analysiert. Siehe da: In den Jahren 2000 bis 2011 hat sich der Anteil der F&E-Ausgaben in Österreich von 1,93 auf 2,75 Prozent des BIP erhöht. Das ist zwar noch nicht die Zielmarke von 3 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung, aber die Tendenz stimmt. Zumal Österreich in dieser Dekade mit einem durchschnittlichen Anstieg der Forschungsausgaben von 7,35 Prozent jährlich weit über den Vergleichswerten der EU 15 (4,91 Prozent), der EU 28 (5,17 Prozent) und sogar vor Deutschland (5,37 Prozent) liegt.

Brauchbare Argumente zur Abwehr der kollektiven Rezessionsstimmung beim Small Talk. Und nur Mut, wenn die Antwort wieder österreichisch ausfällt: „Aber gehn´s, die vielen Zahlen ...“

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

WELTSPARTAG

Sparefroh-Mitsing-Konzert

In der Sparkasse Langenlois gab es am Weltspartag ein besonderes Konzert zum 57. Geburtstag des Sparefrohs. Zu hören waren unter anderen seine bekannten Lieder wie „Gschamster Diener, Teddybär“ sowie Nummern aus seinem neuen Programm „Sonnenschein & Regen“.



Der Kinderliedermacher Bernhard Fibich begeisterte die 150 kleinen Zuschauer mit neuen Liedern und alten Hits.

Geldausstellung

Die Sparkasse Niederösterreich Mitte West eröffnete am Weltspartag die Sonderausstellung „Zeit ist Geld – 250 Jahre Papiergeld in Österreich“ im Stadtmuseum St. Pölten. Die Ära des Papiergelds begann Anfang des 18. Jahrhunderts, als Gold und Silber nicht mehr ausreichten, um die Kriege und die Hofhaltung der Fürsten zu finanzieren.



Erk Eybl, Thomas Pulle, Wolfgang Rosner, Friedrich Nusterer, Bürgermeister Matthias Stadler und die Vorstandsmitglieder Helge Haslinger und Wolfgang Just.

Wirtschaftsempfang mit Markus Hengstschläger

Beim Wirtschaftsempfang der Sparkasse Korneuburg beschäftigte sich Univ.-Prof. Markus Hengstschläger mit der Frage, warum Österreich in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft am Mittelmaß festhält und die Rezepte aus Vergangenheit auch für Zukunftsfragen als Problemlöser einsetzt. Aus seiner Sicht seien Individualität und Vielfalt die Garanten für die gesellschaftliche Weiterentwicklung in einer Zukunft, deren Herausforderung niemand genau kennt.



Markus Hengstschläger warnte vor der Durchschnittsfalle.

Elefanten, Esel und ein Stier

Wie schnell sich das Rad in der Finanz- und Wirtschaftswelt momentan dreht, ist am Beispiel des jährlichen Treffens des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank erkennbar. Stand 2012 in Tokio noch die Eurokrise und damit die Krise vieler europäischer Staatshaushalte im Mittelpunkt, war heuer der Fokus auf den Shutdown der US-Administration und der drohenden Staatsinsolvenz der USA gerichtet.

Nina Hoppe, Public Affairs/Strategisches Management des Sparkassenverbandes

Sowohl Christine Lagarde, die Chefin des Internationalen Währungsfonds, als auch Weltbank-Präsident Jim Yong Kim verwiesen in ihren Statements mehrmals auf die Auswirkungen einer drohenden Insolvenz der größten Weltwirtschaftsmacht für die globale Wirtschaft.

Bei näherem Hinsehen und in Gesprächen mit Vertretern diverser US-Institutionen kristallisierte sich dieser „Shutdown“ als politisches Spiel der Republikaner (ihr Parteesymbol ist der Elefant) heraus, das vor allem von Angst um den Schwund ihrer Wählerschaft getrieben ist. Als Folge der starken Immigration, die im kommenden Jahrzehnt die weiße Bevölkerung in den USA zur Minderheit werden lässt, verlieren die Republikaner stetig an Terrain. Traditionsgemäß sind die Einwanderer aus Mesoamerika und Asien Fans der Esel-Partei, also der Demokraten. Die aus der Sicht des radikalen Flügels der Republikaner – der sogenannten Tea Party – „kommunistische“ Gesundheitsreform Obamas und der Versuch, diese zum Scheitern zu bringen, ist als eines der letzten Kräftespiele einer Partei zu verstehen, die sich sowohl inhaltlich als auch strukturell neu orientieren muss. Die demografische Entwicklung wird als Bedrohung empfunden. Übrigens ein Phänomen, das auch die österreichische Parteilandschaft betrifft ...

Europa – präziser gesagt die Europäische Union – wird von den Amerikanern als „Bundesstaat“ betrachtet. Nationale Regierungen bzw. die Wahlen in den einzelnen Ländern zu den nationalen Parlamenten werden in ihrer Bedeutung vernachlässigt. Die Aufmerksamkeit bezieht sich auf die Europawahlen im kommenden Mai und die damit verbundene neue Aufstellung der Europäischen Kommission, des Rates und der Zusammensetzung des Parlaments.

Shutdown verhindert Umsetzung von Basel III

Die vom Österreichischen Sparkassenverband in mehreren Gesprächen mit US-Institutionen aufgezeigte schwierige Umsetzung von Basel III aufgrund der Vielfältigkeit der nationalen Auslegungen wie auch Geschäftsmodelle, stößt in den USA auf wenig Verständnis und Interesse. Die offizielle Begründung der bisher noch nicht erfolgten Umsetzung von Basel III in den USA wurde (auch) mit dem Shutdown argumentiert. Die



Foto: International Monetary Fund/Yuri Gripas

IWF-Chefin Christine Lagarde warnte vor den Auswirkungen einer Insolvenz der größten Weltwirtschaftsmacht für die globale Wirtschaft.

„US-Bankensektor hat massiv gelitten“

Betroffenheit durch und die Relevanz von Basel III bei den Community Banks, also den US-Regionalbanken, ist so gut wie gar nicht vorhanden. Dieses hierzulande heftig diskutierte Regelwerk betrifft „nur“ die 30 größten

US-Banken und damit – aus der Sicht der FED – die Verursacher der Krise. Gleichzeitig belegen aber die jüngsten Zahlen, dass der amerikanische Bankensektor im mittelständischen und kleinständischen Bereich massiv unter der Krise gelitten hat: Seit 2010 gab es keine einzige Neugründung einer Bank, dafür gingen mehr als 1200 Institute in die Insolvenz.

Überraschend ist auch der Anteil der ausländischen Banken, die die amerikanische Wirtschaft finanzieren. Sally Miller, CEO des Institute for International Bankers (IIB), spricht von bis zu 30 Prozent des Finanzierungsvolumens. Vor allem europäische Banken sind in den USA in den Industrieregionen stark engagiert. Diese fallen auch unter die Bestimmungen von Basel III, wobei diesfalls nicht der gesamte Konzern, sondern ausschließlich die Operationen in den USA als Grundlage der Kapitaldarstellung gelten sollen. Übrigens sehr zum Missfallen des IIB (Institute of International Bankers).

Sparkassenidee mit weltweiter Faszination

Im Rahmen des IMF/Weltbank-Meetings fand auch der Empfang des Welt- und des Europäischen Sparkassenverbandes statt, bei dem der Österreichische Sparkassenverband als Co-Veranstalter fungierte. Einmal mehr standen die Notwendigkeit und die Chance, das europäische Sparkassenmodell in „die Welt hinauszutragen“, im Mittelpunkt diverser Gespräche. Besonders in den Schwellen- und Entwicklungsländern (in Europa beispielsweise in Griechenland durch den DSGVO) besteht ein enormes Interesse am Geschäftsmodell der Sparkassen. Speziell der regionale Versorgungsauftrag und die Gemeinwohltätigkeit erfreuen sich größerer Beliebtheit bei Gründung von Kreditinstituten.

Interessant ist beispielsweise die Entwicklung der Sparkassen in Brasilien: Während in Europa die Tendenz zur Zentralisierung und Filialschließung besteht, plant die Caixa Economica Federal die Eröffnung von rund 3000 Filialen in den nächsten drei Jahren in Brasilien. Dabei verbindet sie das Prinzip der regionalen Versorgung und der lokalen Präsenz mit einem enormen Angebot an Online-Banking. Die Netzdurchdringung in Brasilien liegt bei 100 Prozent. Ein Faktum, das auch in zentralafrikanischen Staaten zu verzeichnen ist, wobei sich die lokale Präsenz ausschließlich in der Form von Online-Angeboten und Beratung darstellt.

Kroatien: EU-Beitritt als Konjunkturoffnung

Kroatien wurde vor kurzem das 28. Mitglied der Europäischen Union. Dem ging ein Referendum voraus, in welchem sich zwei Drittel der kroatischen Bevölkerung (Wahlbeteiligung knapp 44 Prozent) für eine EU-Mitgliedschaft ausgesprochen haben.

Hermine Vidovic

Kroatien hat 4,4 Millionen Einwohner und eine Wirtschaftsleistung von rund 46 Mrd. Euro. Das Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf betrug im Jahr 2012 10.300 Euro zum offiziellen Wechselkurs, umgerechnet in Kaufkraftparitäten rund 15.200 Euro. Dies entspricht weniger als der Hälfte der österreichischen Wirtschaftsleistung oder 59 Prozent des EU-28-Durchschnitts. Demnach weist Kroatien einen ähnlichen Entwicklungsgrad wie Ungarn auf und einen höheren als Bulgarien (47 Prozent) und Rumänien (54 Prozent).

Rund 60 Prozent der kroatischen Exporte gehen in die Europäische Union, und ein bedeutender Anteil (20 Prozent) entfällt nach wie auf die Westbalkanländer. Im Jahr 2012 belief sich der Gesamtstand ausländischer Direktinvestitionen in Kroatien auf 24 Mrd. Euro. Es dominieren die Investitionen aus Österreich, Deutschland, Ungarn und den Niederlanden. Drei Viertel entfallen auf den Dienstleistungssektor, davon der Großteil auf Finanzdienstleistungen (über 90 Prozent des kroatischen Bankensektors befinden sich in ausländischem Eigentum). Kroatische Unternehmen ihrerseits haben per Ende 2012 rund 3,4 Mrd. Euro im Ausland investiert. Seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise befindet sich die kroatische Wirtschaft in einer

Phase der Rezession bzw. Stagnation. Seit 2008 ist das reale BIP um 11 Prozent geschrumpft; Gründe dafür sind neben der sinkenden Auslandsnachfrage der Einbruch bei den Investitionen und des privaten Konsums.

Strukturreformen

Trotz der bisherigen Reformen, die den EU-Beitritt Kroatiens erst ermöglichten, weist die Wirtschaft des Landes noch immer zahlreiche strukturelle Schwächen auf. Der öffentliche Sektor hat nach wie vor ein großes Gewicht, da die Privatisierung und die Umstrukturierung der ehemaligen Staatsbetriebe (vergesellschafteten Unternehmen) nicht abgeschlossen sind. Anfang Juli 2013 waren noch 608 Unternehmen im Portefeuille des Privatisierungsfonds, wobei der Staat in 59 Fällen die Mehrheit hält.

„Beträchtliche Reformen stehen noch bevor“

Da es Kroatien bisher nicht gelungen ist, das Budgetdefizit gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt auf 3 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts zu senken, ist damit zu rech-

nen, dass in absehbarer Zeit ein Verfahren bei übermäßigem Defizit (Excessive Deficit Procedure EDP) auf EU-Ebene eingeleitet wird.

Chancen und Herausforderungen

Im Gegensatz zu den Erweiterungen 2004 und 2007, die den Kandidatenländern schon vor dem EU-Beitritt einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung bescherten, wird Kroatien erst mittel- bis langfristig von der EU-Mitgliedschaft profitieren können. Kurzfristig besteht aber bereits die Möglichkeit, EU-Struktur- und Kohäsionsfondsmittel in Anspruch zu nehmen, die vor allem für Infrastrukturinvestitionen von größter Bedeutung sein werden. Im kommenden Finanzrahmen sind für Kroatien mehr als 13,7 Milliarden Euro vorgesehen. Voraussetzung dafür ist allerdings, entsprechende Projekte zu entwickeln und Mittel für die Ko-Finanzierung sicherzustellen.

Kroatien wird aufgrund seiner schwachen industriellen Basis (es gibt kaum nennenswerte ausländische Direktinvestitionen in der Industrie) weniger von einer Ausweitung des Handels mit den anderen neuen EU-Mitgliedsländern profitieren können, wie das etwa bei den Visegrad-Ländern (Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei) der Fall ist. Aus österreichischer Sicht wird der EU-Beitritt die Aktivitäten österreichischer Unternehmen in Kroatien weiter erhöhen und vertiefen. Investitionsmöglichkeiten bestehen unter anderem in den Bereichen Umwelttechnologie, Infrastruktur oder im Tourismus. Für die österreichische Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie eröffnet der kroatische EU-Beitritt eher Chancen als Risiken, vor allem im Export.

Wirtschaftsausblick nicht sehr rosig

Das BIP-Wachstum wird 2013 weiter zurückgehen und sich 2014, falls die ausländische Nachfrage steigt, erholen. EU-Strukturfonds- und Kohäsionsfondsmittel können einen wichtigen Beitrag zur Erholung der Wirtschaft liefern. Die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Entschuldung der Haushalte bleiben das Haupthindernis für eine Steigerung des privaten Konsums. Die Belastungen, die der hohe Schuldendienst und die Budgetsanierung einschließlich der Strukturreformen mit sich bringen, werden die größten Herausforderungen für die Politik bleiben.

Hermine Vidovic ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.



AUSBLICK

Christine Domforth

Still und leise entsorgen

Die Finanztransaktionssteuer schadet der Wirtschaft

An Warnungen hat es von Anfang an nicht gefehlt: Das Konzept einer Steuer auf Finanzgeschäfte klinge zwar gut, DENN „bluten“ sollen statt der Steuerzahler endlich die bösen Banken und Spekulanten, die an der Finanzkrise schuld sind – am Ende würden doch wieder nur die Privatanleger und investierende Unternehmer zur Kasse gebeten. Die Steuer schädige die Realwirtschaft und koste Wirtschaftswachstum, so die Kritiker. Und wird sie nicht weltweit oder zumindest von den G-20 eingehoben, dann ist der Steuerflucht Tür und Tor geöffnet, die erwarteten Milliardenereinnahmen bleiben aus. Doch die EU-Kommission ließ sich von diesen Argumenten nicht beirren und setzte 2011 die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ganz offiziell auf ihre Agenda. Auch die heimischen Politiker gefielen sich in der Rolle als Rächer der enterbten Steuerzahler und sprachen sich unisono für die neue Abgabe aus.

Drittstaaten-Regelung: Mittlerweile ist die Causa realitätsfremd

Finanztransaktionssteuer völlig verfahren. Von den 28 EU-Ländern wollen nur noch elf mitmachen. Die Briten, die eifersüchtig darüber wachen, dass ihre „Cash Cow“ City of London gegenüber anderen internationalen Finanzzentren nicht an Wettbewerbsfähigkeit verliert, weigern sich nicht nur wie gehabt kategorisch, bei der Finanztransaktionssteuer mitzuziehen, sie klagen sogar gegen dieses Vorhaben. Einige EU-Juristen vertreten sogar die Auffassung, dass die Einführung der Finanztransaktionssteuer gegen europäisches Recht verstoßen würde. Die Pläne der EU, zur Vermeidung von Steuerflucht unbeteiligte Drittstaaten bei der Einhebung der neuen Abgabe indirekt in die Pflicht zu nehmen – auch

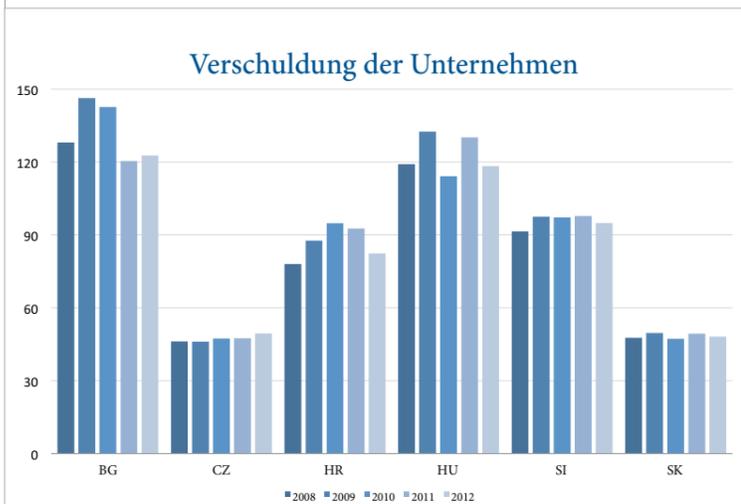
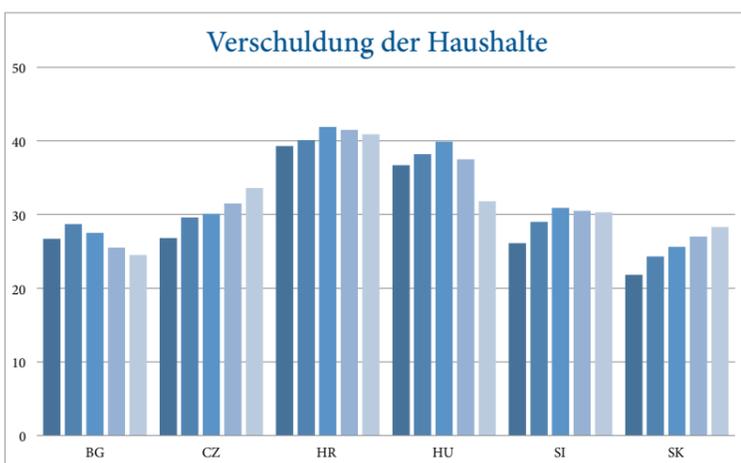
wenn eine in Deutschland oder Frankreich emittierte Anleihe von einer japanischen Bank am Finanzplatz Singapur an eine US-Bank verkauft wird, sollte die Steuer abgeführt werden müssen – sind vollkommen realitätsfremd und werden sich so nie umsetzen lassen.

Wie so oft bei Steuerplänen steckt auch bei der Finanztransaktionssteuer der Teufel im Detail: Was genau besteuert werden soll, ist bis heute ebenso wenig geklärt wie die Vermeidung von Doppelbesteuerung. Einige Länder, darunter etwa Frankreich und Italien, haben bereits Alleingänge gestartet und müssten nun auf ein gemeinsames Modell umsteigen. Dass die Einnahmen aus der Anti-Zocker-Abgabe, die es noch gar nicht gibt, bereits im Voraus mehrfach verplant sind – für die nationalen Budgets, für den EU-Haushalt, für künftige Bankenrettungsmaßnahmen usw. – und man sich auch hier erst einigen müsste, kommt noch erschwerend hinzu.

Schäuble spricht Klartext

All diese ungelösten Fragen sind verantwortlich für, dass die Finanztransaktionssteuer wohl nicht, wie ursprünglich geplant, bereits am 1. Jänner 2014 starten wird. Deutschlands Noch-Finanzminister Wolfgang Schäuble gibt das auch bereits unumwunden zu. Die Politiker können nun weiterhin versuchen, das Projekt gegen alle Bedenken mit der Brechstange durchzusetzen. Oder sie erkennen doch noch, dass die Idee einer „Spekulantensteuer“ zwar Populisten und so manchem Boulevardmedien gut gefallen mag, die neue Abgabe aber am Ende wirtschaftspolitisch weit mehr Schaden anrichten würde als sie Nutzen stiftet. Dann sollte man sie einfach still und leise zu Grabe tragen.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.



Quelle: Eurostat Nationalbanken und wiiv Berechnungen.

Jetzt wieder an Wertpapiere denken

Die schon traditionelle IMAS-Umfrage zum Sparverhalten zeigt: Den Österreichern ist die sichere Veranlagung das Wichtigste. Die Sparquote sinkt, denn über weite Strecken ist keine Realverzinsung zu erwirtschaften. Wer der Inflation entgehen will, der muss sich aktiv um seine Veranlagungen kümmern.

Auch dieses Jahr legen die heimischen Sparer mehr Geld als im Vorjahr zur Seite. Monatlich werden durchschnittlich 181 Euro pro Kopf gespart. Bei den Sparformen liegt unverändert das Sparbuch mit 81 Prozent an erster Stelle, Bausparen wird immer beliebter. Bei der Wahl der Sparform spielen für 70 Prozent der Befragten Sicherheit und Verfügbarkeit des Geldes eine größere Rolle als die Verzinsung. Die Hauptgründe für den Konsumverzicht sind die finanzielle Absicherung und geplante größere Anschaffungen. Neue Sparformen fördern zusätzlich die Lust am Sparen:

13 Mio. wurden bereits übers Smartphone bzw. als Rundungsbetrag beim Einkaufen auf die Sparbücher gelegt.

Die IMAS-Studie im Auftrag von Erste Bank und Sparkassen zeigt, dass die allgemeine Lust am Sparen in den letzten Jahren ein wenig nachgelassen hat. War 2009 noch etwa acht von zehn Personen sparen wichtig, sind es heuer nur mehr 72 Prozent. Trotz des gestiegenen Volumens sind jedoch weniger Österreicher mit der individuell gesparten Summe glücklich. 47 Prozent sind aktuell mit ihrer Sparleistung zufrieden, vor drei Jahren waren es noch 57 Prozent.

Tatsächlich sagen nur 45 Prozent, dass ihnen die Verzinsung am Sparbuch sehr wichtig ist, die Top-Werte sind Sicherheit (70 Prozent) und die schnelle Verfügbarkeit (60 Prozent). Alle diese drei Aspekte in einem Produkt zu vereinen ist unmöglich. Eines ist aber klar: Die Zinsen werden noch ein paar Jahre niedrig bleiben. „Besonders in globalen Niedrigzinsphasen muss man als Anleger aktiv an die Sache herangehen und sein Vermögen breit streuen, um die Inflation zu schlagen“, meint Bosek.



Erste-Vorstand Peter Bosek: „In der Niedrigzinsphase sollte sich der Sparer aktiv um Breitenstreuung des Geldvermögens kümmern.“

Sicherheit wichtiger als Zinsen

Nur jeder Zweite weiß, wie viel Zinsen er am Sparbuch bekommt. Rund ein Drittel hat keine Ahnung, wie hoch die Zinsen auf ihren Sparbüchern sind. „In der aktuellen Niedrigzinsphase will man das wahrscheinlich auch nicht so genau wissen“, meint Bosek.

Warum legen die Menschen ihr Geld in Zeiten niedriger Zinsen überhaupt auf ein Sparbuch? Sicherheit und die schnelle Verfügbarkeit des Geldes sind für die Sparer das Wichtigste.

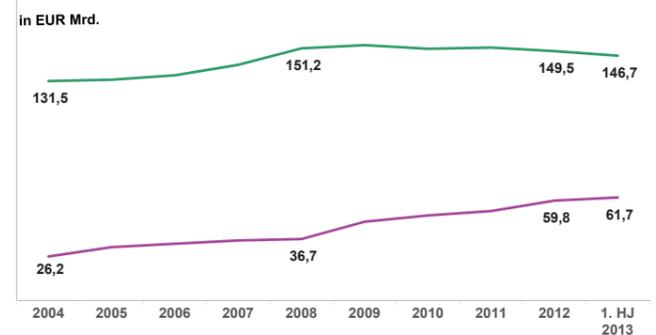
Bausparen wieder am Vormarsch

Bei den traditionellen Spar- und Anlageformen bleibt das Sparbuch die Nummer 1. Das Bausparen wird in letzter Zeit immer beliebter. Waren es 2010 noch 58 Prozent, haben heuer bereits zwei Drittel (66 Prozent) einen Bausparer. Kaum verändert ist die Zahl der Österreicher, die eine Lebensversicherung abgeschlossen haben (41 Prozent). Wertpapiere oder Fonds besitzt rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Neue Sparformen beleben das Geschehen: Mit dem ersten Sparbuch am Smartphone (Impulsspar-App)

Etwas über 200 Mrd. Euro auf Sparbüchern

Einlagen privater Haushalte



Quelle: OeNB via SIS

— Sichteinlagen priv. Haushalte — Spareinlagen priv. Haushalte

wurden hierzulande von Kunden der Erste Bank und Sparkasse bereits 5,7 Mio. Euro spontan per Knopfdruck angespart. Über das Rundungssparen, wo beim Einkaufen automatisch zum nächsten Euro aufgerundet wird und der Differenzbetrag auf ein Sparbuch wandert, sind schon 7,3 Mio. Euro gespart worden.

Mobile Banking boomt

Rund ein Drittel nutzt bereits ein- oder mehrmals die Woche

Online-Banking, um seine Bankgeschäfte zu erledigen und Informationen zu Sparbüchern und Girokonten abzurufen. Eine rasante Entwicklung ist aktuell beim Thema Mobile-Banking über Smartphones zu sehen. 11 Prozent der Befragten nutzen bereits mobile Services. Aktuell haben bereits zwei Drittel der Österreicher ein Smartphone. Bei der Nutzung mobiler Banking-Apps gibt es jedes Quartal Steigerungsraten von über 10 Prozent.

Alternativen zum Sparbuch?

Die Finanzinvestitionen der privaten Haushalte folgen weiterhin einem deutlichen Abwärtstrend und lagen erstmals in den letzten 30 Jahren auf dem Niveau der realwirtschaftlichen Investitionen. Die Sparquote sank unter den langjährigen Durchschnitt, das Geldvermögen der Privaten stagniert. Kapitalmarktprodukte werden nur zögernd als Alternative zum Sparbuch betrachtet. Zu diesen Schlüssen kommt eine Analyse der Oesterreichischen Nationalbank.

„Es ist ausgesprochen erfreulich, dass der Konsum in Österreich im Verlauf der letzten vier Jahre durchgängig stärker wuchs als im Euroraum und damit ein wesentlicher Beitrag zur Stützung der Konjunktur geleistet wurde“, meint der Vize-Gouverneur der OeNB, Andreas Ittner.

„Gleichzeitig folgen finanzielle Veranlagungen der privaten Haushalte einem anhaltenden Abwärtstrend“, so Ittner. Ende Juni 2013 erreichten diese – kumuliert über vier Quartale – mit nur 3 Prozent des verfügbaren Einkommens einen neuen Tiefpunkt und lagen damit – zumindest unterjährig – sogar etwas niedriger als Investitionen in Sachanlagen. Demzufolge stagnierte auch das Finanzvermögen der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 2013 bei 490 Mrd. Euro und liegt mit einem Jahreswachstum von 1,9 Prozent im Durchschnitt des Euroraums. Das rückläufige Finanzengagement der privaten Haushalte wurde vor

allem durch den Abzug von Bank-einlagen bestimmt, der sich im ersten Halbjahr 2013 per saldo auf knapp eine Milliarde Euro belief. Gleichzeitig vollzog sich eine deutliche Umschichtung zugunsten täglich fälliger Einlagen. „Sparer suchen in Zeiten mangelnder Orientierung nach größtmöglicher Flexibilität, um jederzeit rasch auf Veränderungen reagieren zu können“, heißt es dazu in der Notenbank.

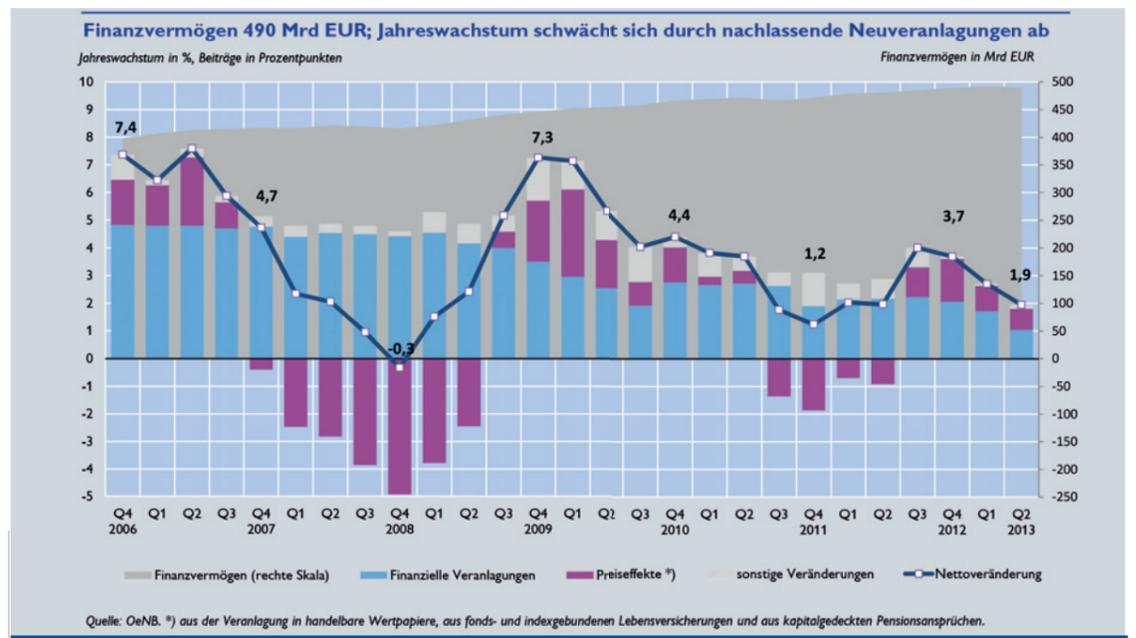
Ende Juni 2013 entfiel mit 75 Mrd. Euro etwas mehr als ein Drittel der gesamten Einlagen (212 Mrd.) auf täglich fällige Mittel.

Entgegen dem Abwärtstrend bei Finanzveranlagung entwickelte sich der Erwerb von Investmentzertifikaten positiv: Im ersten Halbjahr 2013 kauften private Haushalte hier 1,6 Mrd. Euro zu, wodurch ihr Fondsvermögen auf rund 41 Mrd. anstieg. Gefragt waren vor allem Geldmarkt- und Renten-

fondsanteile, die sich auf 40 Prozent der Nettokäufe summierten. Spiegelbildlich zur Veranlagung stagnieren die Kredite der Haushalte. Sie verschulden sich al-

lenfalls für die Beschaffung und Erhaltung von Wohnraum. Konsum- und Investitionskredite sind dagegen kaum noch gefragt. Das aushaftende Kreditvolumen er-

reichte Ende Juni 2013 163 Mrd. Euro, wovon 110 Mrd. auf Wohnbaukredite entfielen. In fremder Währung sind noch rund 30 Mrd. Euro finanziert.



Obergrenzen für Interbankenentgelte

Die EU-Kommission will mittels Preisverordnung den Wettbewerb fördern! Jetzt sind die Interbankenentgelte im Visier Brüssels.

Roland L. Tassler, EU-Büro des Sparkassenverbandes in Brüssel

Deckelung ist problematisch

Diese vorgeschlagene Deckelung ist mehrfach problematisch: Erstens unterschreiten diese angedachten Obergrenzen die Höhe der derzeit gültigen Entgelte beträchtlich, der Durchschnitt liegt bei etwa 0,9 Prozent. Zweitens bleiben die in den

„ Die Spezifika der Märkte berücksichtigen “

Jede Dienstleistung hat ihren Preis. Die Möglichkeit, dass der Kunde im Geschäft mit seiner Bankomat- oder Kreditkarte bezahlen kann, ist nichts anderes als eine Dienstleistung, die ebenfalls ihren Preis hat. Die entsprechende Leistung der Banken liegt darin, dass der Kaufpreis vom Konto des Kunden zum Konto des Händlers schnell und sicher transferiert wird. Damit die Kartenzahlungssysteme finanziert werden können, bezahlt unter anderem die Händlerbank der Kundenbank bei jeder Kartenzahlung ein Entgelt, das sogenannte Interbankenentgelt.

Diese Interbankenentgelte sind der Europäischen Kommission aber seit langem ein Dorn im Auge. Sie seien für den Konsumenten intransparent, führten aufgrund der unterschiedlichen Höhen zu einer Fragmentierung der Zahlungsmärkte und erhöhten generell die Verbraucherpreise, so die Kommission. Im Rahmen eines Verordnungsentwurfs über Interbankenentgelte schlug sie daher vor, diese Transfergebühren unionsweit auf 0,2 Prozent je Transaktion mittels Bankomatkarte und auf 0,3 Prozent je Transaktion mittels Kreditkarte zu limitieren.

Mitgliedstaaten herrschenden Kostenstrukturen unberücksichtigt, drittens werden die unterschiedlichen Entwicklungsstadien der jeweiligen nationalen Kartenzahlungsmärkte nicht berücksichtigt und viertens widerspricht die Idee der Preisfestsetzung prinzipiell der mikroökonomischen Logik, dass die Preisgestaltung ein wesentlicher Motor für die Funktionsfähigkeit eines Marktes ist. Derart niedrige Preisfestsetzungen erzielen den gegenteiligen Effekt. Sie fördern oligopolistische Strukturen. Konsequenterweise werden nur mehr große Anbieter in der Lage sein, das



Das Interbankenentgelt ist nötig, um die Kartenzahlungssysteme zu finanzieren.

Kartenzahlungsangebot zu derart geringen Preisen aufrecht zu erhalten und die nötigen Investitionen, etwa in die Sicherheit der Systeme, zu tätigen. Wettbewerbsförderung sieht anders aus.

Case Study Spanien

Wie so oft kann die Intention der Kommission, wie etwa die Verwirklichung eines einheitlichen Zahlungsmarktes oder die Redu-

zierung der Kostenbelastung für die Verbraucher, grundsätzlich begrüßt werden. Problematisch ist einmal mehr hingegen der „Einheitsgrößen-Ansatz“, der die Unterschiedlichkeit der Märkte völlig außer Acht lässt. Diese Uniformierung würde nur zu einer Verlangsamung der Entwicklung oder zu Ausweichmanövern führen. Ein „gutes“ Beispiel dafür ist Spanien. Die spanische Regierung hat 2005 eine Senkung der Interbankenentgelte

durchgesetzt. Eine aktuelle Studie hat die Auswirkungen auf die Beteiligten für die Jahre 2006 bis 2010 analysiert. Die Senkung der Interbankenentgelte führte zu einer Reduzierung der Händlergebühren um durchschnittlich 57 Prozent (2,7 Mrd. Euro). Es gibt aber keinen Beleg dafür, dass dieses Händlerersparnis durch Preisnachlässe an die Verbraucher weitergegeben wurde. Im Gegenteil. Die Reduzierung der Entgelte führte dazu, dass die kartenausgebenden Banken die Jahresgebühren erhöhen mussten. Die Mehrbelastung für die Verbraucher belief sich auf 2,4 Mrd. Euro.

Um negative Auswirkungen zu vermeiden, ist eine differenzierende Herangehensweise an die Setzung von Obergrenzen angeraten. Um sowohl ausreichend Anreize für die Bereitstellung eines optimal funktionierenden Kartenzahlungssystems zu geben, als auch die Senkung der Obergrenzen sinnvoll zu verwirklichen, sollten Obergrenzen nur in Relation zum Transaktionsvolumen gesetzt werden. Steigt die Menge, sinkt der Einzelpreis. Ein simples marktwirtschaftliches Gesetz.

In Brüssel beginnen nun Rat und EU-Parlament über die endgültige Gestaltung des Kommissionsvorschlages zu verhandeln.

CEE: Mehr sparen und noch mehr online

Mehr als zwei Drittel der Bürger in Zentral- und Osteuropa (CEE) halten das Sparen für wichtig. Insgesamt hat sich das Sparklima in CEE verbessert: Zwei Drittel der Befragten erwarten, in naher Zukunft mehr oder gleich viel sparen zu können als noch in diesem Jahr. Es darf also ein weiterhin solides Primärmittelaufkommen in diesen Märkten erwartet werden.

Das Sparen ist für mehr als zwei Drittel der Zentral- und Osteuropäer eine wichtige Tugend. Die meisten Menschen in CEE konnten ihre Sparquote 2013 auf einem stabilen Niveau halten. Obwohl die Erwartungen über die künftige Sparleistung auseinandergehen, hat sich das Sparklima gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Neben den Österreichern (siehe Beitrag auf Seite 6) sind die Slowaken sowohl hinsichtlich der Höhe ihrer durchschnittlichen Ersparnisse als auch der Steigerung des monatlich angesparten Betrags die Sparmeister der Region. Die slowakischen Nachbarn legen monatlich im Durchschnitt 90 Euro beiseite, was gegenüber 2012 einer Steigerung um zwei Euro entspricht. Damit stieg im Vergleich zu 2012 die Zufriedenheit der Slowaken mit ihrer Sparleistung um 7 Prozent.

Für die Ungarn hatte das Ansparen von Geld für verschiedene Zwecke, zum Beispiel als Notgroschen, schon immer eine hohe Bedeutung – das

sehen heuer fast sechs von zehn ungarischen Sparern so.

Nach wie vor gibt es jedoch beträchtliche regionale Differenzierungen: Etwa ein Drittel der Kroaten und der Serben gibt an, überhaupt nichts zu sparen. Das erklärt womöglich, warum die Zufriedenheit mit ihrer Sparleistung im Regionalvergleich unter den niedrigsten ist. Fast 70 Prozent (+ 8 Prozent im Vergleich zu 2012) der Sparer in CEE nehmen an, dass sie in naher Zukunft mehr oder gleich viel sparen können als 2013.

Boom beim Online-Banking

Die Tschechen sind mit 44 Prozent an der Spitze bei der Nutzung von Online-Banking zur Verwaltung ihrer Finanzen, gefolgt von den Slowaken und Österreichern. Beachtliche 86 Prozent der Serben führen hingegen keine Transaktionen über das Internet durch und nennen als Hauptgrund fehlenden Internetzugang. Das Bankgeschäft befindet sich auch im CEE-Raum in einem

dynamischen Wandlungsprozess. Die Anzahl der Smartphone-Nutzer steigt und damit auch die Zahl jener, die über das Smartphone oder Tablet Online-Banking-Dienste nutzen. Dabei liegen die Slowaken (13 Prozent) und Tschechen (10 Prozent) an der Spitze. Was die Handynutzung betrifft, liegt die Region Zentral- und Osteuropa interessanterweise weit vor dem Rest der Welt: Auf 100 Einwohner entfallen rund 132 Mobiltelefonverträge, verglichen mit 128 in Westeuropa. Von Experten wird erwartet, dass sich das Gesamtvolumen des mobilen Datenverkehrs in CEE von durchschnittlich 450 Megabyte/monatlich im Jahr 2012 auf 2 Gigabyte/monatlich bis 2018 mehr als vervierfachen wird.

Aufholpotenzial in Serbien und Rumänien

Nur einer von fünf Sparern in Rumänien und nicht einmal einer von zehn in Serbien legen ihr Geld in Form einer Lebensversicherung an,

im Gegensatz zu jedem zweiten Tschechen und Slowaken. „Dies zeigt, dass in CEE, insbesondere in Südosteuropa, nach wie vor Potenzial für Bankprodukte besteht“, betont Peter Bosek, Vorstandsmitglied der Erste Bank. Auch hinsichtlich der Sparinstrumente ist das Bild noch uneinheitlich: Regionale Unterschiede sind besonders auf dem Balkan zu beobachten, wo fast jeder zweite Serbe sein Geld in bar zu Hause oder im Safe aufbewahrt, während sich 80 Prozent der Kroaten, die über Ersparnisse verfügen, für ein Finanzprodukt entscheiden. Als Hauptgrund für das Sparen in den analysierten Ländern des Erste Group Spar-Barometers werden vor allem die finanzielle Absicherung und unerwartete Notfälle genannt.



Prag. In Tschechien ist Online-Banking bereits stark verbreitet.

Weitere Gründe sind die Altersvorsorge und das Sparen für kleinere oder größere Anschaffungen.

Hohe Zinssensibilität ungarischer Sparer

Die Ungarn (74 Prozent) sind am besten über Zinsen auf ihren Sparbüchern oder Konten informiert und vergleichen sie mindestens einmal jährlich. Im Gegensatz dazu hat etwa ein Drittel der Österreicher keine Ahnung, wie hoch die Zinsen sind, die für ihre Sparguthaben bezahlt werden. – üh –

Bevor das Schulden machen Schule macht

Um die Finanzkenntnisse der meisten Österreicher ist es nicht gut bestellt. Die Sparkassen präsentieren sich deshalb einmal mehr als Partner der Schulen, um Finanz- und Wirtschaftsthemen lebensnah in die Klassenzimmer zu bringen. Denn die Grundsteine für Financial Literacy müssen früh gelegt werden, sonst stimmt ein Leben lang die „Statik“ nicht.



Von links: Roland Straussberger koordiniert erfolgreich die Financial Literacy-Aktivitäten der Sparkasse Mühlviertel-West, Lehrer und Schuldnerberater Stefan Schmid, der Module für den Einsatz in der Sekundarstufe I und II entwickelt hat, Christian Aichinger, Präsident des Sparkassenverbandes, Herbert Pichler, Fachdidaktikzentrum für das Unterrichtsfach Geographie und Wirtschaftskunde der Universität Wien, und Wirtschaftspädagoge Johannes Lindner, der das Volksschulmodul mitkonzipiert hat.

Christian Aichinger, Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes, präsentierte vor Kurzem eine neue, umfassende Initiative zur Finanz- und Wirtschaftsbildung in den Schulen. Die Sparkassengruppe bekräftigt damit deutlich ihre Vorreiterrolle im Bereich der Financial Literacy, besonders durch die Arbeit der Sparkasse-Schulreferenten. Das sind Mitarbeiter der Sparkassen, die regelmäßig in den Schulen präsent sind, um mit Kindern und Jugendlichen den souveränen Umgang mit Geld zu erarbeiten. Jährlich werden von den Sparkassen mit diesen Aktivitäten etwa 40.000 Kinder und Jugendliche erreicht. Gleichzeitig mahnte Achinger allerdings auch die Mithilfe der Eltern an, wenn es um die Vorbereitung auf ein solides Geldleben gehe. Gemeinsam mit den Fachdidaktikern Johannes Lindner und Gerald Fröhlich (KPH Wien/Krems, Initiative für Teaching Entrepreneurship) sowie dem Lehrer und zertifizierten Schuldnerberater Stefan Schmid (BHAK Simmering, PH Wien) wurden Module erarbeitet, die von den Sparkasse-Mitarbeitern individuell in Volks-, Haupt- und Mittelschulen, Gymnasien und BHS sowie auch in Berufsschulen eingesetzt werden können. In der Volksschule werden

die Grundlagen gelegt, um Wirtschafts- und Geldkreislauf zu verstehen. Bei den Jugendlichen liegt der Schwerpunkt auf Haushaltsplanung und Schuldenprävention.

Sparkassen haben jahrzehntelange Erfahrung

Die Sparkassen sind seit Jahrzehnten um eine Verbesserung des Finanz- und Wirtschaftswissens bemüht. Auf ihren Einsatz ist es zurückzuführen, dass Mitte der 1960er-Jahre das Schulfach Wirtschaftskunde etabliert wurde. Seit 1969 wurden von der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Schule (AWS, eine Kooperation von Sparkassenverband und Wirtschaftskammer <http://aws.m-services.at/angebote>) umfangreiche Materialien für den Einsatz im Unterricht produziert, die von Pädagogen häufig verwendet werden.

Trotzdem: Die wirtschaftliche Bildung in AHS und BHS scheint nicht zufriedenstellend gelöst zu sein. „Der Wirtschaftsunterricht hat oft wenig mit der Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen zu tun“, kritisiert Herbert Pichler vom Fachdidaktikzentrum für Geographie und Wirtschaftskunde der Universität Wien. Manchen Lehrern würden die Grundlagen fehlen, den Unterricht so zu gestalten,

dass die Schüler eine Verbindung zu ihrem Alltag herstellen und das Erlernte später praktisch anwenden könnten. Aktuell werden im Zuge der „PädagogInnenbildung neu“ die Curricula der Lehramtsstudien überarbeitet. Österreichweit müssen hierbei die wirtschaftliche Bildung sowie die Komponente der Aneignung und Vermittlung verstärkt werden, so Pichler.

Lehrer-Ausbildung verbessern

Die Sparkasse-Schulreferenten können als Partner der Schulen mit ihrem Fachwissen und ihrer praktischen Erfahrung Wertvolles beitragen, aber grundsätzliche Mankos nicht beseitigen. Christian Aichinger: „Wir erreichen etwa 40.000 Kinder und Jugendliche im Jahr. Das ist beachtlich, im Verhältnis zur Gesamtschülerzahl aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.“ Viele weitere Akteure sind gefordert: „Wenn die Krise etwas Positives gebracht hat, dann das Bewusstsein, dass die Wirtschaftsbildung der Bevölkerung weiter verbessert werden muss.“ Dazu zählt auch die Ausbildung der Lehrer. „Wenn man Hilfe und Unterstützung der Sparkassen braucht, stehen wir mit unserer Expertise gerne bereit, wie schon in den vergangenen 50 Jahren“, so Aichinger. „Die Sparkassen bieten für alle Schulstufen Workshops an, das kann aber auf keinen Fall flächendeckend sein. Hier sind die Politik und auch die Zivilgesellschaft gefordert.“ –spa-



Das Buch „20 Euro auf der Spur“ erklärt Volksschülern den Kreislauf des Geldes.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Spare froh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Das geht wohl zu weit

Der deutsche Außenhandel weist für den September einen Exportüberschuss von 20,4 Mrd. Euro aus. Das ist das höchste bisher festgestellte Monatsergebnis. Sofort führte die Meldung zur Prolongation einer Diskussion, bei der man sich schon in den vergangenen Wochen die Augen reiben musste: Kann das wahr sein? Die Deutschen stehen zunehmend im Fokus der Kritik internationaler Organisationen, weil sie einem Rekordhoch beim Leistungsbilanzüberschuss entgegensteuern. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit sei zu hoch, die Exportstärke sei mit moderaten Einkommenszuwächsen erkaufte, die Abnehmerländer „finanzierten“ auf diese Weise gleichsam die Wirtschaftslokomotive des Euro-Raumes.

Eine sehr seltsame Umkehr der ökonomischen Werte wird da sichtbar. Denn es hilft den unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit leidenden Volkswirtschaften des mediterranen Raumes selbstverständlich gar nichts, wenn die Deutschen mutwillig auf exportinduziertes Wirtschaftswachstum verzichten.

Übrigens: Auch in Österreich dokumentiert die Handelsbilanz erfreulicherweise die anhaltende internationale Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft. In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind die Exporte immerhin um 0,6 Prozent gestiegen, die Importe haben hingegen um mehr als 2 Prozent abgenommen. Ergebnis: Das Handelsbilanzdefizit ist vorerst mehr als halbiert. Auch Österreich wird für das laufende Jahr wohl einen deutlich angestiegenen Leistungsbilanzüberschuss ausweisen. Wir sind also ebenfalls nicht vor solchen Diskussionen gefeit, zumal das Verständnis für die konjunkturelle Bedeutung der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen hierzulande nachweisbar schwächer ausgeprägt ist als in Deutschland.

Die Euro-Zone müsste froh sein, dass es Länder mit solchen Entwicklungen gibt. Denn sie leisten einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Wiedererlangungen des globalen Investorenvertrauens in die Europäische Währungsunion. Die einzelwirtschaftliche wie die gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit bleiben in einer dicht vernetzten Weltwirtschaft ein hoher Wert.

Alles andere ist – siehe die Problemländer aus der Euro-Zone – der sichere Weg in das Misstrauen der Finanzmärkte.

Gewiss: Krisen sind Sondersituationen. Aber sie setzen elementare makroökonomische Zusammenhänge nicht außer Kraft! –üh-

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Um sich geschart hat die Kanzlerin eine Handvoll Menschen, denen sie vertraut und bei denen Loyalität vor Genialität geht.“

Aus der deutschen Tageszeitung DIE WELT über Angela Merkel

„SPÖ und ÖVP verlieren auch ans Grab. Exakte Daten können aber selbst Experten nicht nennen. Denn hierzulande werden die Verluste durch Verstorbene bisher nicht in der Wählerstromanalyse berücksichtigt.“

Aus der Nachwahl-Berichterstattung auf orf.at

„Mist ist Zukunft.“

Werner Lampert, Pionier der biologischen Landwirtschaft

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der WKBG Wiener Kreditbürgschafts- und Beteiligungsbank AG bei.

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Sandra Paweronschitz, Armand Feka, MA, Mag. Helmut Reindl, Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nicola Frimmel, Mag. Michael Mauritz Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.kommunalverlag.at Diese Ausgabe wurde am 13. 11. 2013 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umweltpapier.